

Beschluss zur Akkreditierung der Studiengänge

- „Politikwissenschaft“ (B.A.)
- „Geschichte“ (M.A.)

an der Leibniz-Universität Hannover

Auf der Basis des Berichts der Gutachtergruppe und der Beratungen der Akkreditierungskommission in der 48. Sitzung vom 20./21.08.2012 spricht die Akkreditierungskommission folgende Entscheidungen aus:

1. Der Studiengang „**Politikwissenschaft**“ mit dem Abschluss „**Bachelor of Arts**“ und der Studiengang „**Geschichte**“ mit dem Abschluss „**Master of Arts**“ an der Universität Hannover werden unter Berücksichtigung der „Regeln des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen und für die Systemakkreditierung“ (Beschluss des Akkreditierungsrates vom 23.02.2012) ohne Auflagen akkreditiert, da die darin genannten Qualitätsanforderungen für die Akkreditierung von Studiengängen jeweils erfüllt sind.

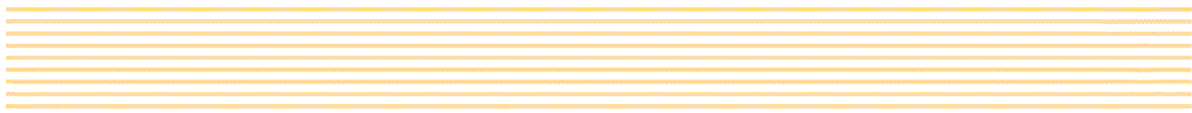
Die Studiengänge entsprechen den Kriterien des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen, den Anforderungen der Ländergemeinsamen Strukturvorgaben der Kultusministerkonferenz, den landesspezifischen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen sowie den Anforderungen des Qualifikationsrahmens für deutsche Hochschulabschlüsse in der aktuell gültigen Fassung.

2. Beim Masterstudiengang „**Geschichte**“ handelt es sich um einen **konsekutiven** Masterstudiengang. Die Akkreditierungskommission stellt für den Studiengang ein **stärker forschungsorientiertes** Profil fest.
3. Die Akkreditierung wird jeweils für eine **Dauer von sieben Jahren** (unter Berücksichtigung des vollen zuletzt betroffenen Studienjahres) ausgesprochen und ist unter Anrechnung der vorläufigen Akkreditierung gemäß Beschluss der Akkreditierungskommission vom 22./23.08.2011 **gültig bis zum 30.9.2018**.

Zur Weiterentwicklung des Bachelorstudiengangs „Politikwissenschaft“ wird folgende Empfehlung erteilt:

1. Im Modul „Statistik“ sollten in stärkerem Maße aktivierende Lehr-Lern-Formen eingesetzt werden.

Zur weiteren Begründung dieser Entscheidungen verweist die Akkreditierungskommission auf den Bewertungsbericht der Gutachtergruppe, der diesem Beschluss als Anlage beiliegt.



Agentur für Qualitätssicherung durch Akkreditierung von Studiengängen

Gutachten zur Akkreditierung der Studiengänge

- „Politikwissenschaft“ (B.A.)
- „Geschichte“ (M.A.)

an der Leibniz-Universität Hannover

Begehung am 02./03.05.2012

Gutachtergruppe:

Prof. Dr. Lothar Brock	Goethe-Universität Frankfurt, Institut für Politikwissenschaft
Prof. Dr. Michael Hochgeschwender	Ludwig-Maximilians-Universität München, Amerika-Institut
Dietmar Osses	LWL-Industriemuseum Zeche Hannover - Westfälisches Landesmuseum für Industriekultur (Vertreter der Berufspraxis)
Dennis Neupert	Student der Universität Leipzig (studentischer Gutachter)

Koordination:

Dr. Simone Kroschel	Geschäftsstelle von AQAS, Köln
---------------------	--------------------------------

Präambel

Gegenstand des Akkreditierungsverfahrens sind Bachelor- und Masterstudiengänge an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen. Die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen wird in den Ländergemeinsamen Strukturvorgaben der Kultusministerkonferenz verbindlich vorgeschrieben und in den einzelnen Hochschulgesetzen der Länder auf unterschiedliche Weise als Voraussetzung für die staatliche Genehmigung eingefordert.

Die Begutachtung der Studiengänge erfolgte unter Berücksichtigung der „Regeln des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen und für die Systemakkreditierung“ in der Fassung vom 23.02.2012.

1. B.A. Politikwissenschaft

1.1 Profil und Ziele des Studiengangs

Der Studiengang umfasst die politikwissenschaftlichen Teilgebiete „Politische Ideengeschichte und Theorien der Politik“, „Politische Soziologie“, „Politische Systeme und Vergleichende Regierungslehre“, „Politikfelder und Politische Verwaltung“ sowie „Internationale Beziehungen“ sowie den Bereich der politikwissenschaftlichen Methoden. Daneben können Wahlpflichtmodule aus anderen Fächern belegt werden.

Der Studiengang orientiert sich nach Darstellung im Antrag einerseits an den berufsfeldbezogenen Qualitätserwartungen und andererseits an den fachwissenschaftlichen und international gültigen Voraussetzungen, die für Master-Programme vorausgesetzt werden. Neben Fachkenntnissen sollen die Studierenden zum Beispiel die Fähigkeit erwerben, Lernprozesse selbständig zu gestalten und ihr Wissen und Verstehen in potenziellen Berufsfeldern anzuwenden und zu überprüfen. Zudem sollen über das gesamte Studium hinweg kommunikative Kompetenzen geschult werden.

Der Studiengang soll zur Befähigung zum zivilgesellschaftlichen Engagement und zur Persönlichkeitsentwicklung beitragen, indem beispielsweise Toleranz, Solidarität und kritisches Denken gefördert werden.

Die Studierenden können einen Auslandsaufenthalt in das Studium integrieren und bestehende Abkommen mit Partneruniversitäten dafür nutzen. Die Anerkennung von Leistungen erfolgt gemäß einem hochschulweiten Beschluss fußend auf der Lissabon Konvention. Zudem nimmt die Hochschule an einem internationalen Projekt teil, bei dem die Studierenden Sitzungen der Generalversammlung der Vereinten Nationen simulieren.

Aus Sicht des Faches hat sich das Profil als tragfähig erwiesen, da die Studierenden erfolgreich sowohl in den Beruf als auch in Masterprogramme übergehen konnten.

Zum Zeitpunkt der Antragstellung hatten 67 Studierende das Studium erfolgreich abgeschlossen. Zum Wintersemester 2019/11 waren insgesamt 271 Studierende eingeschrieben. Der Anteil an Bildungsausländer/innen lag seit Beginn des Studiengangs im Durchschnitt bei 7,1%. Der Anteil weiblicher Studierender betrug durchschnittlich etwa 33%. Die Studierenden kommen zu etwa 65% aus Niedersachsen und zu etwa 42% aus dem ehemaligen Regierungsbezirk Hannover.

Die Universität Hannover verfügt über ein Konzept zur Geschlechtergerechtigkeit, das auf die beiden zu akkreditierenden Studiengänge Anwendung findet. Zur Förderung der Chancengleichheit für Studierende in besonderen Lebenslagen und Studierende mit Behinderung gibt es verschiedene Institutionen und Maßnahmen.

Bewertung

Der Aufbau des Bachelorstudiengangs entspricht weitgehend gängigen Formen der Ausdifferenzierung der Politikwissenschaft. Diese Ausdifferenzierung hat sich als Grundlage für ein politikwissenschaftliches Studium bewährt und ist gut geeignet, die Ziele eines politikwissenschaftlichen Studiums zu erreichen und das Studium entsprechend zu profilieren. Über den Wahlpflichtbereich wird ein fachübergreifendes Studium gewährleistet.

Die Einbeziehung des Teilgebiets „Politikfelder und politische Verwaltung“ ist mit Blick auf die Berufsfeldorientierung sehr zu begrüßen.

Die vorgegebenen Qualifikationsziele finden volle Berücksichtigung. Eine Befähigung zum zivilgesellschaftlichen Engagement kann von dem Studium schon aufgrund der Natur des Faches erwartet werden. Der Bachelorstudiengang soll instrumentale, systemische und kommunikative Kompetenzen vermitteln. Diesem Ziel entspricht der Aufbau Studiengangs. Der Teilantrag weist eine deutliche internationale Ausrichtung des Studienganges aus. Die Praxis scheint demgegenüber nach bisheriger Erfahrung zurückzufallen (Nachfrage geringer als das Angebot).

Geschlechtergerechtigkeit und Förderung der Chancengleichheit werden im gesamt-universitären Rahmen gewährleistet.

1.2 Qualität des Curriculums

Der Studiengang ist zulassungsbeschränkt. Das Auswahlverfahren ist über eine Ordnung geregelt. Das Zulassungsverfahren hat sich aus Sicht des Faches bewährt, da durch überdurchschnittlich interessierte und informierte Studierende ausgewählt werden. Die Schwundquote von 1,0579 weist nach Darstellung der Hochschule darauf hin, dass geeignete Bewerber/innen zugelassen werden.

Das Curriculum setzt sich aus folgenden Bereichen zusammen:

- einem Einführungsmodul,
- sieben Fachmodulen (fünf Basismodule plus zwei Vertiefungsmodule),
- einem Methodenmodul,
- dem Modul BA-Arbeit,
- einem insgesamt achtwöchigen Praktikum,
- Schlüsselkompetenzen/berufsfeldbezogenen Qualifikationen,
- Modulen aus Wahlpflichtfächern.

Die Vertiefungsmodule können erst nach Abschluss der Basismodule belegt werden.

Es wurden keine grundlegenden Veränderungen am Curriculum vorgenommen; allerdings wurden die Vertiefungsmodule „Politikwissenschaftliche Methoden“ und „Politische Bildung“ seit der Erstakkreditierung zusätzlich eingeführt. Außerdem fanden bei den Wahlpflichtmodulen aus den anderen Fächern Anpassungen statt.

Der angesetzte Workload wird im Rahmen der Lehrveranstaltungsbewertungen überprüft. Da die Studierenden diesen bislang als angemessen einstufen, wurden keine Veränderungen vorgenommen.

Pro Modul ist eine Prüfung vorgesehen. In den Modulen, die von der Politikwissenschaft verantwortet werden, kommen als Formen Klausuren, mündliche Prüfungen und Hausarbeiten zum Einsatz. Die Abschlussnoten der bisherigen Jahrgänge lagen im Durchschnitt zwischen 1,74 und 1,79, die Zahlen werden jedoch – auch aufgrund der geringen Fallzahlen – als nur bedingt ver-

gleichbar betrachtet. Der Anteil von im ersten Versuch nicht bestandenen Modulprüfungen lag bei unter 2%.

Bewertung

Der Zugang zum Studium entspricht den geläufigen Standards. Fehlende Transparenz wurde von keiner Seite geltend gemacht.

Der Bachelorstudiengang ist breit angelegt. Eine standortspezifische Spezialisierung ist nicht vorgesehen. Von daher bestehen hinreichende Wahlmöglichkeiten im Studium. Eine fachliche Schwerpunktbildung findet über diese Wahlmöglichkeiten statt. Das Curriculum ist geeignet, Fachwissen und fachübergreifendes Wissen sowie Kompetenzen im Umgang mit diesem Wissen zu vermitteln.

Das Studienprogramm entspricht den Anforderungen des Qualifikationsrahmens für Hochschulabschlüsse in Deutschland.

Aufbau, didaktisches Konzept und inhaltliche Ausrichtung des Studiums (Aufgliederung in die Teilgebiete) sind weitgehend gleich geblieben. Es wurden allerdings zwei Vertiefungsmodule aufgenommen (politische Bildung und Methoden). Das ist mit Blick auf die Qualifikationsziele sehr zu begrüßen. Änderungen im Bereich der Wahlpflichtmodule, die von den einschlägigen Fachbereichen vorgegeben wurden, stellen offenbar keine Beeinträchtigung der fächerübergreifenden Studienanteile dar. Die Literaturangaben im Modulhandbuch sollten vereinheitlicht werden.

1.3 Studierbarkeit des Studiengangs

Die Zuständigkeit für die Lehre liegt beim Studiendekan, dem fakultätsweit drei Studiengangskoordinator/inn/en zugeordnet sind. Die Studiengangsleitung liegt beim Fachkoordinator, für die Module sind Modulverantwortliche benannt. Die Abstimmung des Lehrangebots erfolgt im Rahmen von Lehrkonferenzen und durch den Fachkoordinator.

Zur Information von Interessierten und zur Einführung von Studienanfänger/inne/n sind verschiedene Maßnahmen und Veranstaltungen vorgesehen. Neben hochschulweiten Beratungsangeboten steht der Fachkoordinator für die Beratung der Studierenden zur Verfügung.

Informationen zu den Anforderungen im Studiengang, Studienverlauf und Prüfungen sind veröffentlicht und auch im Internet zugänglich, ebenso das Modulhandbuch, das regelmäßig aktualisiert wird.

Die Prüfungsausschüsse legen in Kooperation mit dem Akademischen Prüfungsamt der Hochschule pro Studiengang zum jeweiligen Semesterbeginn die Meldefristen sowie den Prüfungszeitraum fest. Um Terminüberschneidungen zu vermeiden und den Studierenden den größtmöglichen Prüfungszeitraum zur Verfügung zu stellen, gibt es dabei unterschiedliche Varianten. In der Politikwissenschaft wird der Wiederholungszeitraum an die Schnittstelle vom „alten“ ins „neue“ Semester gesetzt. Die Prüfungsanmeldung und die Verbuchung der Leistungen durch die Lehrenden erfolgen elektronisch. Der Anspruch auf Nachteilsausgleich für behinderte Studierende ist in der Prüfungsordnung geregelt.

Die bisherigen Studienzeiten belegen, dass der Studiengang in der Regelstudienzeit studierbar ist. Im Zeitraum WS 09/10 bis WS 10/11 befanden sich 85% der Studierenden in der Regelstudienzeit. Gründe für das Überschreiten sind nach Darstellung der Hochschule persönlicher Art und nicht durch die Studienorganisation bedingt.

Bewertung

Die Studiengangsverantwortlichkeiten für den Bachelorstudiengang „Politikwissenschaften“ sind klar geregelt. Die Studierenden zeigen sich zufrieden mit der Betreuung und heben hervor, dass Vorschläge zur Verbesserung der Studierbarkeit häufig auf offene Ohren stoßen würden.

Das Lehrangebot ist klar aufeinander abgestimmt und entspricht in seiner Struktur einer grundständigen Einführung in weitere Bereiche der Politikwissenschaft. Im Hinblick auf eine weitere Spezialisierung, eventuell in einem Masterstudiengang „Politikwissenschaft“, sind die beiden Vertiefungsmodulare hervorzuheben. Es wurde plausibel dargelegt, dass ein Mehr an Vertiefung innerhalb des Bachelorstudiums dazu führen würde, dass die grundständige Einführung in die Teilbereiche der Politikwissenschaft leiden würde.

Zur Orientierung und Einführung hat das Institut ein dreigleisiges Konzept entwickelt, welches von Informationsveranstaltungen für Schüler und Schülerinnen über eine Einführungswoche für Neumatrikulierte bis zu einem einführenden Pflichtmodul in die Politikwissenschaft reicht. Dies entspricht bewährten Konzepten an anderen Universitäten und reicht zur Orientierung der Studierenden aus. Hervorzuheben ist hier auch die Arbeit der Fachschaft, mit welcher von Studiengangsseite im Rahmen der Einführungswoche kooperiert wird. Dieses Angebot schafft einen studentischen Einblick, welcher für Studienanfänger unerlässlich ist.

Fachübergreifende Beratungsangebote werden durch die Zentrale Studienberatung gestellt. Für die Politikwissenschaft selber ist der Fachkoordinator beratend tätig. Wie im Teilantrag angemerkt und durch die Studierenden bestätigt, schlagen sich hier die vorgebrachten Probleme der Studierenden durchaus in Verbesserungen der Studierbarkeit nieder.

Für die Beratung Studierender in besonderen Lebenssituationen ist die Psychologisch-Therapeutische Beratung für Studierende zuständig. Spezielle Beratung für Studierende sowie Studieninteressierte mit Behinderung ist vorhanden. Studierende mit Kind können Beratungen des Gleichstellungsbüros wahrnehmen.

Der Bachelorstudiengang „Politikwissenschaft“ sieht im weitesten Sinne die Standardveranstaltungsformen vor (Vorlesung, Seminar, Tutorium). Aufgrund der hohen Auslastung des Studiengangs findet hier jedoch nicht immer eine adäquate Mischung der Lehrformen statt. So werden im Lehrbereich „Internationale Beziehungen“ ein Seminar und eine Vorlesung zu zwei Vorlesungen umgewandelt. Im Bereich „Statistik“ finden statt einer Vorlesung, einem Seminar und einem Tutorium drei Vorlesungen statt. Abgeprüft werden diese Veranstaltungen entsprechend v.a. durch Klausuren. Die Studierenden wünschen sich hier eine Ausdifferenzierung hin zu mehr Seminaren, um in den Vorlesungen erlernte Kenntnisse vertiefen zu können.

Von Seiten der Lehrenden war zu erfahren, dass die Schwerpunktverlagerung hin zu mehr Vorlesungen dem Umstand geschuldet ist, dass aufgrund der Auslastung des Studiengangs keine adäquaten Seminargrößen zustande kommen würden. Würde zur Abhilfe mehr Lehrpersonal eingestellt werden, würden entsprechend auch die Kapazitätsgrenzen nach oben verändert werden, sodass sich an der Situation nichts ändern würde. Die Lehrform der Vorlesung wurde somit gewählt, um eine breite Einführung aller Studierenden sicherzustellen. Der Aufwand für das Lehrpersonal ist hierbei erheblich und somit zu würdigen, weiterhin ist man sich der Problematik der einseitigen Lehrform bewusst. Dennoch sollte überlegt werden, ob Möglichkeiten bestehen, wieder mehr Seminare anzubieten, da gerade dort in der Diskussion das erworbene Wissen viel besser vertieft werden kann als in Vorlesungen mit Frontalcharakter.

Die Studierenden waren mit dem angesetzten Workload zufrieden. Nach ihrer Einschätzung ist es möglich, das Bachelorstudium in der vorgesehenen Regelstudienzeit zu durchlaufen. Wie die Anpassung der Modulgröße im Wahlfach „Rechtswissenschaften“ zeigt, geht man auch hier auf die Bedürfnisse der Studierenden ein. Systematisch wird der Workload semesterweise über ein elektronisches System evaluiert, die Ergebnisse spiegeln die Angaben der Studierenden wider.

Im Studiengang sind Praxiselemente in Form eines Pflichtpraktikums vorgesehen, dieses wird mit zwölf Leistungspunkten angerechnet. Von Studierendenseite war zu erfahren, dass dieses Praktikum gut verankert ist.

Im Gespräch mit dem Dekanat wurde eine liberale Anrechnungspraxis für im Ausland erbrachte Leistungen hervorgehoben, hier gab es keinen Widerspruch von Seiten der Studierenden. Als Leistungen, die außerhalb der Hochschule erbracht wurden, kann verbindlich nur das Pflichtpraktikum angerechnet werden. In anderen Fällen kommt es zu einer Einzelfallprüfung.

Die Module schließen mit einer Modulprüfung ab; die Prüfungsformen passen sich hierbei an die Vermittlungsform in den Veranstaltungen an. So werden Module, welche vorwiegend Überblickscharakter haben, durch Klausuren abgeprüft. Die Vertiefungsmodule hingegen müssen mit einer Hausarbeit abgeschlossen werden. Bezugnehmend auf die Problematik, dass in manchen Modulen Vorlesungen Seminare ersetzen, ist darauf zu achten, dass auch hier die Prüfungsform weiterhin der Vermittlungsform entspricht.

Neben Hausarbeiten und Klausuren sind auch Referate und Präsentationen vorgesehen. Das Prüfungssystem des Bachelorstudiengangs entspricht somit den klassischen Formen universitärer Leistungsprüfung. Von Studierendenseite wurde die Prüfungslast als angemessen eingeschätzt. Dies wird bestätigt durch die im Durchschnitt geringe Zahl an Wiederholungsversuchen seit Beginn des Studiengangs (2-4%). Ein Nachteilsausgleich ist in jeder Studien- und Prüfungsordnung in § 25 enthalten.

Die entsprechenden Dokumente zur Regelung von Studium und Prüfung sind öffentlich im Internet einsehbar.

Problematisch für die Abwicklung geleisteter Prüfungen erweisen sich Engpässe im Prüfungsamt. So gibt es insbesondere Verzögerungen bei der Verbuchung von Prüfungen und der Ausstellung von Urkunden, was den Übergang in einen Masterstudiengang oder den Übergang in das Berufsleben erheblich erschwert. All dies wurde im Gespräch mit den Studiengangsverantwortlichen bestätigt und mit starken personellen Problemen innerhalb des Prüfungsamts begründet. Hier müssen dringend Verbesserungen geleistet werden, welche nicht nur die Zeiträume der Verbuchung, sondern auch die allgemeine Zuverlässigkeit des Prüfungsamtes betreffen.

1.4 Berufsfeldorientierung

Der Studiengang soll für die Berufsfelder Parteien, Verbände, Vereine, Verwaltung, Medien, Wirtschaftsunternehmen und Forschung qualifizieren. Erste berufliche Positionen sind Traineestellen, Volontariate, Sachbearbeitung und auch Referententätigkeit. Im Hinblick darauf soll neben einer breiten wissenschaftlichen Fachkompetenz insbesondere Kommunikations-, Sozial- und Selbstkompetenz vermittelt bzw. gefördert werden.

Das Fach hat an einem universitären Projekt teilgenommen, bei dem die Entwicklung von Konzepten zur Förderung der Employability im Vordergrund stand. An den Planungen waren auch Praxisvertreter/innen beteiligt.

Ein Element, das in besonderer Weise der Berufsfeldorientierung dient, stellt das vorgesehene Pflichtpraktikum dar, das im Rahmen eines Berichts reflektiert werden muss. Darüber hinaus werden Praxisvertreter/innen zu einer Vortragsreihe über potentielle Berufsfelder eingeladen.

Die Hochschule führt in Kooperation mit dem INCHER in Kassel eine Absolventenbefragung durch. Auf Grund der geringen Fallzahlen liegen derzeit noch keine aussagekräftigen Ergebnisse für den Studiengang vor.

Bewertung

Das Berufsfeld für Absolventinnen und Absolventen des Bachelorstudiengangs „Politikwissenschaft“ erstreckt sich in der Praxis über ein breites Spektrum. Die Struktur des Studiengangs mit einer breit angelegten Fächerung der Studieninhalte einerseits und der Möglichkeit zur Profilbildung mit zwei Vertiefungsmodulen andererseits ermöglicht eine grundlegende fachliche Ausbildung wie auch den Erwerb von berufsfeldqualifizierenden Fähigkeiten und Kompetenzen. Mit unterschiedlichen Arbeitsformaten in Seminaren und Tutorien sowie verschiedenen Prüfungsformaten fördert der Studiengang die Persönlichkeitsentwicklung als wichtiges Element einer allgemeinen beruflichen Qualifizierung und trägt zur Entwicklung einer Bereitschaft zum zivilgesellschaftlichen Engagement bei, das wichtige spezifische Berufsfelder erschließen kann.

Vor allem die zwei neuen Vertiefungsmodule "Politikwissenschaftliche Methoden" und "Politische Bildung" knüpfen eng an die beruflichen Möglichkeiten für eine Erwerbstätigkeit in Einrichtungen der empirischen Sozialforschung oder der außerschulischen Bildung an. Das Pflichtmodul „Schlüsselkompetenzen“ unterstützt den Ausbau berufsfeldqualifizierender Kompetenzen.

Aufgrund des breiten und vergleichsweise unscharfen Berufsfeldes kommt dem Praktikum eine besondere Bedeutung für die berufliche Orientierung und Qualifizierung der Studierenden zu. Mit dem vorgesehenen Pflichtpraktikum, Vortragsreihen von Praxisvertretern zu möglichen Berufsfeldern und individuellen Beratungsmöglichkeiten bereitet der Studiengang gut auf eine qualifizierte Erwerbstätigkeit vor. Auslandsaufenthalte von Studierenden können wichtige berufsfeldorientierende Fähigkeiten und Kompetenzen aufbauen und stärken. Aufgrund der guten internationalen Vernetzung bietet der Studiengang hier gute Möglichkeiten.

1.5 Personelle und sächliche Ressourcen

In den Studiengang werden jeweils zum Wintersemester 80 Studierende aufgenommen.

In die Lehre sind 6 W3-Professuren, 3 C2- bzw. C1-Stellen, 2 Ratsstellen, eine Stelle im wissenschaftlichen Dienst und 2.5 FwN-Stellen eingebunden. Bei Freiwerden sind zum Teil Umwandlungen in der Stellenart vorgesehen. Etwa 30 – 40% des Lehrangebots wird für andere Studiengänge polyvalent genutzt, die Module des Wahlpflichtbereichs werden aus anderen Fächern importiert. In den letzten Semestern wurden ca. 16 Lehraufträge pro Semester vergeben.

Sachmittel, Räume und Infrastruktur sind vorhanden.

Bewertung

Der Lehrkörper arbeitet in seiner Sollgröße. Eine offene Professur wird vertreten. Langfristig scheint die Personalkapazität gesichert, da sich die Universitätsleitung zu dem jetzt bestehenden breiten Fächerspektrum bekennt. Ob die Weiterentwicklung des Arbeitsverbundes mit Braunschweig und Clausthal-Zellerfeld für die Bachelor-Ausbildung in Hannover in personeller Hinsicht von Bedeutung ist, lässt sich beim gegenwärtigen Stand der Dinge nicht abschätzen.

Personalentwicklung und -qualifizierung erfolgen in dem von der Hochschule vorgegebenen Rahmen.

Die sächliche Ausstattung scheint ausreichend, um die Lehre adäquat durchzuführen. Allerdings sind die räumlichen Verhältnisse (Seminarräume, Arbeitsmöglichkeiten für die Studierenden!) beengt.

1.6 Qualitätssicherung

An der Hochschule wurden eine Evaluationsordnung, regelmäßige Studiengangsgespräche mit der Vizepräsidentin für Lehre, ein Preis für Exzellente Lehre und verschiedene Programme für

gute Lehre etabliert. Eine Bündelung der Aktivitäten erfolgte im Jahr 2010 in der Zentralen Einrichtung für Lehre, Studium und Weiterbildung.

Seit 2009 werden mit einer Evaluationssoftware in den Fächern standardisierte Lehrveranstaltungsevaluationen durchgeführt. Die Ergebnisse werden in verschiedenen Gremien unter Einbindung von Studierenden diskutiert.

Zur hochschuldidaktischen Personalentwicklung stehen verschiedene Angebote zur Verfügung.

Bewertung

Hochschulweit wird auf Ebene der Fächer eine Evaluationssoftware eingesetzt. Hierüber findet die Veranstaltungsevaluation statt, über welche auch der Workload für die Studierenden evaluiert wird. Zudem wurde auf Hochschulebene eine Zentrale Einrichtung für Lehre, Studium und Weiterbildung gegründet, worüber die universitätsweite Evaluation abgewickelt wird.

Generell ist für beide Studiengänge zu erkennen, dass versucht wird, Evaluationsergebnisse in die Entwicklung der Studiengänge einfließen zu lassen. Dies wurde auch von Studierendenseite bestätigt. Probleme der Studierenden werden aufgegriffen und auch im Verbund mit den Fachräten erörtert.

2. M.A. Geschichte

2.1 Profil und Ziele des Studiengangs

Der Studiengang bezieht sich entsprechend dem Profil des Historischen Seminars der Hochschule auf die Gebiete der Europäischen und Außereuropäischen Geschichte sowie auf die Geschichte kleiner Räume, welche unter inhaltlich-systematischen Gesichtspunkten gebündelt werden. Es sollen sowohl globale, nationale, regionale und lokale als auch gesellschaftliche, individuelle und historiographische Dimensionen der Rekonstruktion von Vergangenheit Berücksichtigung finden. Zudem werden interdisziplinäre Studienschwerpunkte im Bereich der „Transformation Studies“ oder „Raum und Region“ integriert, an denen das Historische Seminar personell und inhaltlich beteiligt ist.

Der Studiengang ist stärker forschungsorientiert ausgerichtet. Die Studierenden sollen neben fachwissenschaftlichen Ausbildungsstandards die Fähigkeit erlangen, ihre erworbenen Qualifikationen in beruflichen Zusammenhängen effizient einzusetzen. Sie sollen Schlüsselkompetenzen, z.B. im Umgang mit neuen Medien, erwerben.

Fachliche Bildungsziele liegen vor allem in der Vermittlung von Recherche- und Methodenkompetenz, Deutungs- und Analysekompetenz, Reflexions- und historischer Urteilskompetenz, interkultureller Kompetenz und narrativer Kompetenz. Durch die Vermittlung methodischer Kompetenz, die Heranführung an unterschiedliche fachspezifische Zugänge sowie die Befähigung zur selbständigen Erarbeitung von Forschungsfragen sollen die Studierenden auch für eine wissenschaftliche Tätigkeit qualifiziert werden.

Der Studiengang soll die Persönlichkeitsentwicklung und die Fähigkeit zum zivilgesellschaftlichen Engagement fördern, indem unter anderem sozialverantwortliche und forschungsethische Kompetenzen vermittelt werden sollen.

Die Leitidee hat sich nach Einschätzung der Hochschule als tragfähig erwiesen. Die Studierenden zeigen sich laut Antrag zufrieden mit dem systematischen Zuschnitt des Studiengangs und den Profilierungsmöglichkeiten. Es wurde auf die Rückmeldung von Studierenden eingegangen, die zum Beispiel eine klarere Konturierung des Studienangebots wünschten.

Bis zum Wintersemester 2010/11 hatten 12 Studierende den Studiengang erfolgreich absolviert; 34 Studierende haben sich in den ersten fünf Kohorten in den Studiengang eingeschrieben.

Die Studienstruktur sieht ein Mobilitätsfenster im dritten Semester vor. Zudem kann auch das Projektmodul im zweiten Semester für einen Auslandsaufenthalt genutzt werden. Für ein Auslandsstudium können die Studierenden auf verschiedene Partnerschaftsabkommen zurückgreifen. Die Anerkennung von Leistungen erfolgt gemäß einem hochschulweiten Beschluss fußend auf der Lissabon Konvention. Zur Nutzung der Programme gibt es keine belastbaren Zahlen, die Erfahrungen zeigen laut Antrag jedoch eine starke Nachfrage von Seiten der Masterstudierenden. Ein weiteres Element der Internationalisierung stellt der Einbezug von Lehrenden aus Universitäten im Ausland dar.

Zum Konzept für Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit siehe 1.1.

Bewertung

Der Masterstudiengang „Geschichte“ entspricht in jeder Hinsicht den von der Universität Hannover und den vom Bologna-Prozess allgemein vorgegebenen Studiengangszielen. Deswegen kann er ohne Auflagen und weitere Monita reakkreditiert werden. Insbesondere gilt dies für die fachlichen Ziele. Die gewählten forschungsorientierten Schwerpunkte, etwa die Historische Anthropologie, die Transformation Studies und der außereuropäische Schwerpunkt sind sinnvoll und entsprechend den gegenwärtigen Problemstellungen des Faches Geschichte ausgewählt. Man könnte sich unter Umständen überlegen, ob es nicht, wie vor allem von studentischer Seite aus-

drücklich gewünscht, denkbar wäre, den demnächst einzustellenden Bereich „Osteuropäische Geschichte“ nicht doch zu verlängern.

Die gewählten Schwerpunkte sind in sich auf interdisziplinäre Zusammenarbeit und Perspektivik angelegt (etwa mit der Politologie, der Soziologie, den Religionswissenschaften und Theologien, der Ethnologie etc.), ohne indes eine genuin historische Herangehensweise unmöglich zu machen.

Vor diesem fachlichen und interdisziplinären Hintergrund sind die studentische Persönlichkeitsentwicklung und die Befähigung zum zivilgesellschaftlichen Engagement vollauf gewährleistet, da die übernationale und anthropologische Ausrichtung Fragen beispielsweise multikulturellen Zusammenlebens, globaler und lokaler Entwicklungen usw. nachgerade aufzwingen und eine methodisch saubere, theoretisch fundierte, gleichzeitig aber praxisnahe Beantwortung derselben ermöglichen.

2.2 Qualität des Curriculums

Zugangsvoraussetzung ist ein Bachelor- oder vergleichbarer Abschluss im Fach Geschichte oder einem fachlich eng verwandten Studiengang mit Abschlussnote 2,5 oder besser. Gegebenenfalls erfolgt eine Zulassung mit Auflagen. Zudem müssen ein Motivationsschreiben vorgelegt und ein Praktikum sowie Sprachkenntnisse in Deutsch und in zwei Fremdsprachen nachgewiesen werden. Die Zugangsvoraussetzungen haben sich nach Ansicht der Hochschule bewährt.

Das Curriculum gliedert sich in einen Pflicht- und einen Wahlpflichtbereich sowie die Masterarbeit. Dem Pflichtbereich gehören das Modul „Theorie und historiographische Konzepte der Geschichtswissenschaft“, ein Projektmodul und das Modul „Schlüsselkompetenzen“ an. Der Wahlpflichtbereich besteht aus vier Modulen, von denen drei themenspezifische Module in verschiedenen historischen Schwerpunkten studiert werden, eines in einem interdisziplinären Schwerpunkt.

Historische Schwerpunkte sind: „Globale Verflechtungen“, „Politisch-gesellschaftlicher Wandel und seine Wahrnehmung“, „Historische Anthropologie“ und „Historische Räume“. Interdisziplinäre Schwerpunkte sind: „Transformation Studies“, „Raum und Region“ sowie weitere interdisziplinäre Schwerpunktsetzungen z.B. im Bereich der Geschlechterstudien.

Seit der Erstakkreditierung wurden nur geringe Änderungen am Curriculum vorgenommen. Insbesondere wurden die Regelungen zur Abdeckung der Epochen dahingehend geändert, dass an Stelle von Antike und Mittelalter bei den historischen themenspezifischen Modulen auch ein Schwerpunkt auf die Frühe Neuzeit gesetzt werden kann.

Der Ansatz des Workloads wurde im Rahmen der Lehrveranstaltungsevaluation überprüft und von den Studierenden als realistisch eingeschätzt.

Es sind verschiedene Prüfungsformen vorgesehen, wobei zum Teil Wahlmöglichkeiten bestehen. Es ist jedoch festgelegt, dass mindestens eine mündliche Prüfung machen und eine Hausarbeit schreiben muss. Zu den Abschlussnoten liegen noch keine aussagekräftigen statistischen Daten vor. Laut Antrag lagen die Abschlussnoten jedoch alle im Bereich von zwei und besser.

Bewertung

Die Zugangsvoraussetzungen und das Auswahlverfahren als solche sind durchweg transparent und auch für die studentischen Bewerber nachvollziehbar formuliert. In den Gesprächen mit den Studierenden haben sich auf dieser Ebene keinerlei Probleme feststellen lassen. Etwas schwieriger gestalten sich demgegenüber die strukturellen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Studierbarkeit, da – eher aus dem studentischen Blickwinkel als aus dem der Dozenten – etwa die räumlichen Bedingungen nur bedingt durchweg als befriedigend eingestuft werden und Immatrikulation

sowie Einschreibung der Noten im Immatrikulationsamt bzw. im Prüfungsamt mitunter nur sehr zögerlich von statten gehen (vgl. 1.3). Dagegen wird den Dozenten bescheinigt, hier immer wieder unterstützend und flexibel einzugreifen.

Die Anforderungen des Studienprogramms können im vorgegebenen zeitlichen Rahmen bewältigt werden, wobei sich die Frage stellte, inwieweit sich Praktika oder Auslandsaufenthalte zeitlich verzögernd auswirken. Aber auch hier haben sich die Dozenten des Faches gerade aus Sicht der Studierenden als in hohem Maße hilfsbereit und entgegenkommend erwiesen.

Inhaltlich hat die Begehung keinerlei Probleme aufgezeigt. Das Curriculum kann ohne Schwierigkeiten durch Kombination der dafür vorgesehenen Module studiert werden; das fachliche Niveau ist offenkundig über jeden Zweifel erhaben. Ganz im Gegenteil erweist sich die ausgesprochen praxisnahe Tradition der Geschichtswissenschaft in Hannover als durchaus vorteilhaft für den Masterstudiengang. Das Qualifikationsniveau des Qualifikationsrahmens für deutsche Hochschulabschlüsse auf Masterebene wird unbedingt erreicht.

Die Module sind vollständig dokumentiert, werden regelmäßig bei Bedarf aktualisiert, und das Modulhandbuch ist den Studierenden zugänglich.

2.3 Studierbarkeit des Studiengangs

Die Zuständigkeit für die Lehre liegt beim Studiendekan, dem fakultätsweit drei Studiengangskoordinator/inn/en zugeordnet sind. Das Historische Seminar verfügt über eine Stelle zur ergänzenden Lehre und Studienberatung. Diese koordiniert zusammen mit den Modulverantwortlichen die Module des Studiengangs. Die Abstimmung des Lehrangebots erfolgt unter anderem im Rahmen von Lehrkonferenzen.

Für Studienanfänger/inne/n wird eine Einführungsveranstaltung angeboten. Zudem gibt es eine Reihe von Institutionen und Maßnahmen zur Beratung und Betreuung der Studierenden.

Informationen zu den Anforderungen im Studiengang, Studienverlauf und Prüfungen sind veröffentlicht und auch im Internet zugänglich, ebenso das Modulhandbuch, das regelmäßig aktualisiert wird.

Die Prüfungsausschüsse legen in Kooperation mit dem Akademischen Prüfungsamt der Hochschule pro Studiengang zum jeweiligen Semesterbeginn die Meldefristen sowie den Prüfungszeitraum fest. Um Terminüberschneidungen zu vermeiden und den Studierenden den größtmöglichen Prüfungszeitraum zur Verfügung zu stellen, gibt es dabei unterschiedliche Varianten. Die Prüfungsanmeldung und die Verbuchung der Leistungen durch die Lehrenden erfolgen elektronisch. Der Anspruch auf Nachteilsausgleich für behinderte Studierende ist in der Prüfungsordnung geregelt.

Daten zur Studiendauer liegen bisher nur für die ersten Jahrgänge vor. Danach haben die meisten Studierenden ein Semester über die Regelstudienzeit hinaus studiert. Die Erfahrungen mit nachfolgenden Kohorten zeigen nach Darstellung der Hochschule jedoch, dass das Studium in der Regelstudienzeit studiert werden kann. Die Überschreitung kommt zudem durch zustande, dass die Exmatrikulation erst nach der Verbuchung der Note für die Masterarbeit erfolgen kann, die zum Teil in das fünfte Semester fällt.

Bewertung

Die Studiengangsverantwortlichen im Masterstudiengang „Geschichte“ sind klar benannt. Das Lehrangebot wird in zwei Phasen auf der Lehrkonferenz des Instituts aufeinander abgestimmt, hierbei stechen die drei „einführenden“ Module heraus, welchen vier Themenmodulen gegenüberstehen. Dieses Verhältnis von Pflicht- und Wahlpflichtmodulen steht einer thematischen Vertiefung soweit nicht im Wege.

Jedes Semester wird am Historischen Seminar eine Einführungsveranstaltung zur Information und Integration angeboten. Eine Einführungswoche für Erstsemester gibt es bis dato nicht. Aufgrund der Tatsache, dass viele Masterstudierende auch den Bachelorstudiengang in Hannover studiert haben scheint dies auf den ersten Blick auch nicht notwendig. Bei einer steigenden Quote an auswärtigen Studierenden sollte ein Angebot dieser Art jedoch in Betracht gezogen werden.

Fachübergreifend steht zur Beratung die Zentrale Studienberatung zur Verfügung. Die Studierenden hoben hervor, dass die Lehrenden und Mitarbeiter des Historischen Seminars Problemen und Vorschlägen immer offen gegenüberstünden. Die Betreuung sei allgemein sehr gut.

Zur Beratung Studierender mit Behinderung oder Studierender mit Kind siehe 1.3.

In den Lehrveranstaltungen des Historischen Seminars werden in den einzelnen Modulen die bewährten Lehr- und Lernformen angewandt. Im Rahmen der themenspezifischen Module oder im Projektbereich werden auch Exkursionen angeboten, sodass die Studierenden innerhalb des Studiums an mindestens drei Exkursionstagen teilnehmen.

Die Studierenden bemängelten, bezugnehmend auf die Basismodule, die hohe Auslastung mit bis zu 80 Studierenden in zu kleinen Räumen. Hier ist, trotz des frontalen Charakters der Veranstaltungen, darauf zu achten, dass die zunehmende Beliebtheit des Masterstudiengangs nicht zum Nachteil für die Lehre wird. Ggf. sollten mehr Lehrveranstaltungen angeboten werden.

Es existieren drei Module von polyvalentem Charakter für Bachelor- wie Masterstudierende. Dies ist nach Angaben der Studiengangsverantwortlichen darauf zurückzuführen, dass der Masterstudiengang bisher noch nicht ausreichend ausgelastet war, um nur Veranstaltungen exklusiv für Masterstudierende anzubieten. Mit der in Zukunft wohl vollen Auslastung soll hier Abhilfe geschaffen werden, was auch von Studierendenseite gefordert wurde.

Der Workload wird anhand regelmäßiger Evaluationen überprüft. Die Studierenden geben an, dass der Masterstudiengang „Geschichte“ durchaus innerhalb der Regelstudienzeit studiert werden könne. Von studentischer Seite sind weitere Freiräume für forschendes Lernen gewünscht, die Lehrenden sehen jedoch gerade im projektorientierten Lernen innerhalb der Module große Freiheit, um sich eigenen Forschungsinteressen zuzuwenden.

Die liberale Anrechnungspraxis von Leistungen anderer Hochschulen wurde im Gespräch bestätigt.

Es ist vorgesehen, dass die Studierenden im Laufe ihres Masterstudiums jeweils mindestens eine Prüfung als Hausarbeit und eine als mündliche Prüfung ableisten. Allgemein werden die Prüfungsformen zu Beginn des Semesters zusammen mit den Studierenden festgelegt, hier herrscht große Wahlfreiheit. Zusätzlich sind noch Referate und Portfolioprüfungen vorgesehen, welche selbstorganisiertes Lernen sehr fördern und fordern. Im Allgemeinen ist die Prüfungsdichte angemessen und durchaus leistbar, was auch von den Studierenden bestätigt wurde.

Die Studiendokumente sind alle veröffentlicht und durch die Studierenden im Internet abrufbar.

Zum Nachteilsausgleich siehe 1.3, ebenso zu den Problemen, welche das Prüfungsamt betreffen. Diese Treffen in selbem Maße auch auf den Masterstudiengang „Geschichte“ zu.

2.4 Berufsfeldorientierung

Der Studiengang soll fachliche, methodische, kommunikative und kulturelle Kompetenzen vermitteln und für ein weites Berufsfeld qualifizieren, das mit der Produktion, Verwaltung und Distribution von Wissen mit einer diachronen Tiefendimension befasst ist. Einsatzfelder werden z.B. als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Parteien und Berufsverbänden, Behörden und Verwaltung, NGOs und Wissenschaftsorganisationen, Museen und Archiven, Verlagen, Sendeanstalten, Onli-

ne-Anbietern, Kulturinstituten, Marketingabteilungen, Werbeagenturen oder Touristikunternehmen gesehen.

Es bestehen Kontakte zu Einrichtungen außerhalb der Hochschule, die im Rahmen des Projektmoduls genutzt werden. Dieses dient im besonderen Maße der Berufsfeldorientierung. Dabei spielt die öffentliche Präsentation von Arbeitsergebnissen eine besondere Rolle.

Die Hochschule führt in Kooperation mit dem INCHER in Kassel eine Absolventenbefragung durch. Für den Studiengang liegen noch keine Ergebnisse vor.

Bewertung

Die Struktur des Studiengangs bietet mit dem Pflichtbereich, der neben den Theorien und historiographischen Konzepten der Geschichtswissenschaft ein zweisemestriges Projektmodul und das Modul Schlüsselkompetenzen umfasst, sowie dem Wahlpflichtbereich mit vier Modulen und der abschließenden Masterarbeit die Möglichkeit zu einer Profilbildung, die einerseits ein breites Berufsfeld erschließt und andererseits gezielt Brücken für einen Übergang in die qualifizierte Erwerbstätigkeit errichtet. Inhaltlich ermöglicht der Studiengang mit den Angeboten zur außereuropäischen und zur regionalen Geschichte eine spezifische Profilierung, die aussichtsreiche Berufsfelder erschließen kann.

Obwohl der Studiengang eher forschungsorientiert ausgerichtet ist, vermitteln und stärken das Projektmodul, freiwillige Praktika sowie freiwillige Auslandsaufenthalte berufsfeldorientierende und qualifizierende Kompetenzen und Fähigkeiten, die vielfältige Orientierungsmöglichkeiten für ein breites Berufsfeld auch außerhalb der Forschung bieten. Die Möglichkeit für die Absolvierung eines Auslandsaufenthalts, der wesentlich zur Berufsfeldorientierung beitragen und wichtige Kompetenzen stärken kann, wird durch das eingerichtete Mobilitätsfenster wesentlich unterstützt.

Mit der Intensivierung der langjährigen Kooperation mit Museen, Unternehmen und Organisationen aus Politik und öffentlicher Verwaltung bietet der Studiengang weitere wichtige Voraussetzungen für den Übergang in eine qualifizierte Erwerbstätigkeit in oder außerhalb der Forschung.

2.5 Personelle und sächliche Ressourcen

In den Studiengang werden jeweils 25 Studierende pro Studienjahr aufgenommen.

In die Lehre sind 7 W3/W2- bzw. C3-Professuren, 3 C2-Stellen, eine W1-Stelle, eine E15-Stelle und 9 E13-Stellen eingebunden. Bei 2 C2- und 2 E13-Stellen ist ein Wegfall geplant. Das Deputat der Lehrenden wird in allen Studiengängen des Historischen Seminars genutzt. Pro Semester werden 2 bis 3 Lehraufträge vergeben.

Sachmittel, Räume und Infrastruktur sind vorhanden.

Bewertung

Die personellen Ressourcen im Bereich Lehre und Betreuung sind gegeben. Wie oben bereits angemerkt, wäre in einer idealen Welt die Fortführung der Professur für Osteuropäische Geschichte wünschenswert, aber die Lehrkapazität des Historischen Instituts hängt nicht von dieser Professur ab. Insgesamt hat die Hochschulleitung ein überzeugendes Personalkonzept auch für die mittlere Zukunft vorgelegt. Es bleibt zu hoffen, dass die Geschichtswissenschaft in Hannover nicht unter einer eventuell stärkeren Schwerpunktsetzung in den Bereichen Naturwissenschaften, Technik und Maschinenbau leiden muss, aber dies zeichnet sich gegenwärtig nicht ab.

Die sächliche Ausstattung ist weitgehend in Ordnung, aber nicht immer optimal. Dies betrifft vor allem die Raumsituation, die deutlich verbessert werden könnte, gerade bei den Seminarräumen und in der Bibliothek (die dafür sehr gut ausgestattet ist). Auch beim Zulassungsamt und beim Prüfungsamt könnte durch bessere Personalausstattung eine zügigere Bearbeitung der anliegen-

den bürokratischen Aufgaben befördert werden (vgl. 1.3). Aber dies liegt nicht im Handlungsreich des Historischen Instituts.

2.6 Qualitätssicherung

Zum hochschulweiten Qualitätssicherungssystem siehe 1.6.

Das Fach hat sich mit den Empfehlungen aus der Erstakkreditierung auseinandergesetzt und ist ihnen gefolgt, sofern es möglich war und den Verantwortlichen sinnvoll erschien.

3 Empfehlung der Gutachtergruppe

Die Gutachtergruppe empfiehlt der Akkreditierungskommission von AQAS, den Studiengang „**Politikwissenschaft**“ an der Universität Hannover mit dem Abschluss „**Bachelor of Arts**“ ohne Auflagen zu akkreditieren.

Die Gutachtergruppe empfiehlt der Akkreditierungskommission von AQAS, den Studiengang „**Geschichte**“ an der Universität Hannover mit dem Abschluss „**Master of Arts**“ ohne Auflagen zu akkreditieren.